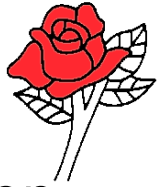




Deine Gemeinde



Aktuelle Politik aus Sicht der Sozialdemokraten

Berichte

Meinungen

Hintergründe

Jahrgang 2014

www.spd-nordfriesland.de/mildstedt

Nr. 119



Falsche Informationen verunsichern Mildstedter Bürger

Um unsere Gemeinde weiter zu entwickeln, müssen und müssen auch dieses Jahr wieder Entscheidungen getroffen werden, die nicht immer einstimmig ausfallen. Dies ist ein ganz normaler demokratischer Prozess.

Wichtig ist dabei aber, dass die Bürger darüber korrekt informiert werden. Dies geschieht leider nicht immer. Es werden leider Informationen verteilt, die zur Verunsicherung und zu Gerüchten in der Gemeinde führen.

Die Vorgabe des Landes zum Bau einer Mensa an der Gemeinschaftsschule wurde mit einer großen Mehrheit beschlossen. Auch der Fraktionsvorsitzende der Wählergemeinschaft (AWM) stimmte dafür. Zum Zeitpunkt des Beschlusses und auch bis jetzt, stehen für unser Vorhaben keine Fördermittel in Aussicht. Dennoch werden wir uns weiter darum bemühen.

Der Wunsch zum Bau einer weiteren Sporthalle wurde geprüft und von der Mehrheit der Gemeindevertreter als momentan nicht finanzierbar bewertet.

Laut Geschäftsordnung der Gemeinde müssen bei Anträgen, die solch eine finanzielle Belastung

darstellen, Deckungsvorschläge, sprich Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Leider blieb es bei den Forderungen, Deckungsvorschläge kamen nicht!

Bereits letztes Jahr mussten wir aufgrund der neuen Gesetzeslage die Finanzierung der Oberflächenentwässerung neu ordnen. Der Deich- und Hauptsielverband (DHSV) hat diese Aufgabe für die Gemeinde übernommen. Als kostendeckender Verband darf der DHSV keine Gewinne erwirtschaften, d.h. lediglich die anfallenden Aufwendungen werden als Gebühr auf die Gemeinde und die Haushalte verteilt.

Die von der Gemeinde beauftragte Prüfung des Regenwassersystems hat Schäden aufgedeckt, die instandgesetzt werden müssen. Die Kosten der Instandsetzung fallen gleich hoch aus, egal ob sie im Auftrag der Gemeinde oder des DHSV behoben werden. Die bisherige Zusammenarbeit mit dem DHSV war sehr positiv und wird in Zukunft eher noch intensiviert, da der neue Geschäftsführer aus Mildstedt stammt und sogar als bürgerliches Mitglied der AWM angehört.

Anpassung der Eltenbeiträge

Wegen gestiegener Kosten hat die Gemeindevertretung die Elternbeiträge des gemeindeeigenen Kindergartens „Regenbogen“ mit Wirkung vom 1. August 2014 erhöht.

Es gelten dann folgende Sätze:

Krippenplätze von 7.00 Uhr – 13.00 Uhr 215,-- €

Krippenplätze von 7.00 Uhr – 15.00 Uhr 275,-- €

Krippenplätze von 7.00 Uhr – 17.00 Uhr 335,-- €

Regelgruppen von 7.00 Uhr – 13.00 Uhr 145,-- €

Regelgruppen von 7.00 Uhr – 15.00 Uhr 180,-- €

Regelgruppen von 7.00 Uhr – 17.00 Uhr 215,-- €

Kein Mensch ist vollkommen!

So hat sich in der Weihnachtsausgabe „Deine Gemeinde“ der Fehlerteufel in den Nachruf von Katharina Jahn eingeschlichen. Wir bitten daher nach-

träglich um Entschuldigung. Unsere Genossin und Freundin ist leider am 25.8.2013 von uns gegangen und nicht wie versehentlich gemeldet am 25.12.2013.

Drei Parteien in der Gemeindevertretung zerstören ein Lebenswerk!

Der Gründer der Sozialstation und des Betreuten Wohnens in Mildstedt, Ehrenvorsitzender der AWO und Ehrenbürgermeister der Gemeinde Mildstedt Johannes Henkens, ist erschüttert über die Absicht einiger Gemeindevertreter, den Betreuungsvertrag zwischen AWO und Gemeinde zu kündigen. Er sieht damit sein Lebenswerk in Gefahr.

Die SPD tritt zusammen mit dem AWO-Ortsverein Mildstedt für ein seniorenrechtliches, sozial bezahlbares Wohnen in Mildstedt ein. SPD und AWO stehen für die Erhaltung des Wohnkonzeptes „Betreutes Wohnen“ und dafür werden wir entsprechend kämpfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass nach einheitlicher DIN-Norm 77800 Betreutes Wohnen den Mietern in Mildstedt angeboten wird.

AWM, CDU, FDP gegen Betreutes Wohnen in Mildstedt durch die AWO

Die Gemeinde Mildstedt und der AWO Ortsverein Mildstedt zusammen mit dem damaligen Bürgermeister und AWO-Vorsitzenden Hanne Henkens haben sich vor 30 Jahren auf den Weg gemacht, im Rahmen der kommunalen Daseinsfürsorge ein eigenes System der Altenhilfe aufzubauen. Dieser Weg hat viel Zeit, Energie und Geld gekostet.

Es wurden 72 Wohnungen seniorenrechtlich und barrierefrei gebaut. In der Mitte der Wohnanlage entstand eine Sozialstation, die sich heute im Besitz der Landes AWO befindet.

Damit die Bewohner der Seniorenwohnungen ordentlich betreut werden können

wurde ein Mieterbetreuungsvertrag zwischen der Arbeiterwohlfahrt und der Gemeinde Mildstedt abgeschlossen.

In Mildstedt wurde so das System des Betreuten Wohnens geschaffen, das von vielen Seiten gelobt und als beispielhaft bezeichnet worden ist. Es funktioniert sehr gut und trägt zur Attraktivität der Gemeinde Mildstedt im Bereich der Altenfürsorge bei.

Die Gemeinderatsmitglieder der AWM, CDU und FDP kritisieren heute diesen Mieterbetreuungsvertrag und wollen ihn abschaffen

In einem vom Bürgermeister Heiber (SPD) und dem AWO-Vorsitzenden Hans-Peter Henkens eingeholten Rechtsgutachten bei Rechtsanwalt Krieger in Husum wird dagegen eindeutig festgestellt, dass die bisherige Regelung praktisch und rechtlich einwandfrei sei. Die AWO möchte das schützende Dach des Betreuten Wohnens für unsere älteren Mitmenschen unbedingt erhalten und weiterhin von der Gemeinde vertraglich damit beauftragt werden.

Die Leistungen der AWO im Rahmen des Betreuten Wohnens sind Angebote und werden durch eine

vergleichsweise sehr geringe Pauschale abgegolten.

In dem die oben genannten Parteien dieses bewährte System angreifen, kann das der Anfang vom Ende des Betreuten Wohnens in Mildstedt sein.

Gerade in einer Zeit, in der die Zahl der Senioren rapide ansteigt und auch die Zahl der Pflegebedürftigen ständig wächst, müssen die Gemeindevertreter ein bewährtes System, wie das in Mildstedt, eher fördern und unterstützen, als angreifen.

Betreutes Wohnen wird von den Gemeindevertretern der oben genannten Parteien immer auf den Notruf reduziert, wahrscheinlich, weil sich hier leichter ein anderer Anbieter finden lässt.

Betreutes Wohnen ist aber mehr als nur das Vorhandensein einer Notrufanlage. Die Wohnform wird in dem vorliegenden Rechtsgutachten eindeutig definiert.

Das Deutsche Institut für Normung e.V. hat im September 2006 hier zu die DIN7780 erlassen. Gem. dieser Norm handelt es sich bei dem Betreuten Wohnen um ein Leistungsprofil für ältere Menschen, die in einer barrierefreien Wohnung und Wohnanlage leben, das Grundleistungen/allgemeine Betreuungsleistungen und Wahlleistungen/weitergehende Betreuungsleistungen umfasst. Grundleistungen beinhalten nach DIN 77800 allgemeine Betreuungsleistungen wie Notrufdienste, die Vermittlung von Dienst- und Pflegeleistungen oder Informations- und Beratungsleistungen.

Ein Notrufknopf mit Zentrale in weiter Ferne ersetzt kein Betreuungssystem durch eine Sozialstation als Kompetenzzentrum in unmittelbarer Nachbarschaft. Um mit der AWO konkurrieren zu können, müsste ein anderer Leistungsanbieter erst einmal eine Sozialstation in Mildstedt bauen.

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Anfang November hat mich die Nord-SPD als schleswig-holsteinische Spitzenkandidatin für die Europawahl im kommenden Mai nominiert. Ich freue mich über die Anerkennung für meine Arbeit, die mir die Delegierten damit ausgesprochen haben und darauf, erneut für die schleswig-holsteinische SPD in den Europawahlkampf starten zu dürfen.

In der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode hat sich die Bedeutung des Europäischen Parlaments durch das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon erheblich gesteigert. Laut neuem Grundlagenvertrag ist das Europäische Parlament gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat der Europäischen Union: Das so genannte Mitentscheidungsverfahren ist nun der Regelfall.

Als Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten für Landwirtschaft und ländliche Räume und als fischereipolitische Koordinatorin meiner Fraktion freut mich das besonders. In beiden Bereichen, die ja besonders mit schleswig-holsteinischen Interessen verknüpft sind, entscheiden wir Abgeordnete nun direkt mit, statt den Prozess der notwendigen Neuausrichtung hier nur kritisch zu begleiten.

Für die Grundverordnung der Reform der EU-Fischereipolitik wurde ich zur Berichterstatterin ernannt und damit zur federführenden Ansprechpartnerin für die anstehende Reform.

Mit meinem Bericht hat das Europäische Parlament auf die Vorschläge reagiert, die Maria Damani, EU-Kommissarin für Fischerei, im Juli 2011 vorgestellt hatte. Wir haben unsere Chance genutzt: Das Europäische Parlament hat sich mit deutlicher Mehrheit für ein Ende der Überfischung und die gestaffelte Einführung eines Rückwurfverbots von Beifang ausgesprochen und damit die



Nachhaltigkeitswende in der Fischereipolitik eingeleitet.

Im Europäischen Parlament fallen wichtige Entscheidungen in diesem und anderen Politikbereichen. Nutzen Sie die unterschiedlichen Möglichkeiten, sich zu informieren. Ich hoffe auf Ihr Interesse und auch weiterhin auf Unterstützung aus Schleswig-Holstein bei der Arbeit an unserem Europa!

Ihre

Nachruf

Wir trauern um

Gerda Hinrichs

* 3. Dezember 1939

† 14. Februar 2014

Eine Freundin ist von uns gegangen.
Unser Mitgefühl gilt der Familie.